

temberg und
a 1. Dez.
Weizen 25,50
2-18); Hafer
); Brotmehl
); Weizenmehl
emder.
-151; Gerste
Weizenmehl
ie 8,75-9,25;
); K. Speise-
-9-20; Acker-
-8,90; Wein-
-1,20-1,45;

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigentell:
die Zeile 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzproben
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr 283

Mittwoch, den 3. Dezember 1930

Jahrgang 103

Der Kampf um die Notverordnung beginnt

Eine knappe Reichstags-Mehrheit für das Kabinett erwartet — Aufhebungsanträge der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten

— Berlin, 3. Dez. In der heutigen Plenarsitzung des Reichstages steht formell der Haushalt für 1931 zur ersten Beratung. Den Hauptgegenstand der Verhandlungen wird aber die Notverordnung bilden, da die Aufhebungsanträge der Kommunisten und Nationalsozialisten sofort mit der Beratung verbunden werden dürften. Es ist also anzunehmen, daß die Entscheidung des Reichstages über das neue Gesetzgebungswerk der Regierung Ende dieser Woche fällt.

Ueber die Lage im Reichstag herrscht ganz allgemein die Auffassung, daß die Anträge auf Aufhebung der Notverordnung mit einer knappen Mehrheit abgelehnt werden. Der Kanzler kann auf die Stimmen des Zentrums, der Bayerischen und der Deutschen Volkspartei, des Christlich-sozialen Volksdienstes, der Staatspartei, der linksstehenden Bauerngruppen und der sozialdemokratischen Fraktion rechnen. Auch der Volksnationalen dürfte er sicher sein. Rechnet man die Stimmen der Wirtschaftspartei der Opposition zu, so kommt für die Regierung ein Plus von 10 bis 20 Stimmen heraus.

bleibt Bredt Reichsjustizminister?

Reichsjustizminister Bredt ist gestern aus Marburg nach Berlin zurückgekehrt und hat bald nach seinem Eintreffen mit dem Reichskanzler eine längere Rücksprache gehabt. Eine Entscheidung über den angekündigten Rücktritt des Ministers ist in dieser Aussprache nicht gefallen. Prof. Bredt, der bekanntlich eben erst von einer längeren Krankheit genesen ist, wird noch einen kurzen Urlaub antreten. Nach seiner Rückkehr, mit der man Mitte nächster Woche rechnet, wird dann die Entscheidung darüber fallen, ob der Reichsjustizminister seinen Entschluß, aus dem Amte auszuschiden, aufrecht erhält.

In politischen Kreisen, die der Reichsregierung nahe stehen, ist man der Auffassung, daß angesichts der dann völlig veränderten Lage — bis dahin ist die Entscheidung über das Schicksal der Notverordnung gefallen — erst recht kein Anlaß mehr besteht, seine Demission aufrecht zu erhalten.

Nationalsozialistische Anträge im Reichstag.

Im Reichstag hat die nationalsozialistische Fraktion einen Antrag eingebracht, in dem die sofortige Aukerkräftigung der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 verlangt wird.

Die Nationalsozialisten haben im Reichstag ferner folgenden Antrag eingebracht: Um die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die Wirksamkeit des Reichskabinetts Brünning zu schaffen und ihm die rechtmäßige Grundlage seiner Existenz endlich zu sichern, spricht der Reichstag, in dem er über alle sonstigen auf die gegenwärtige Reichsregierung be-

zugnehmenden Anträge, Erklärungen und Formeln zur Tagesordnung übergeht, dem Reichskabinet Dr. Brüning das Vertrauen aus.

Es handelt sich hierbei um einen ausgesprochen technischen Antrag, der so gefaßt ist, daß er alle anderen Anträge ausschließen soll und zuerst zur Abstimmung kommen muß. Für ein solches Vertrauensvotum werden die Sozialdemokraten nicht stimmen können und wollen, und der Antrag würde also vermutlich abgelehnt, da die Nationalsozialisten selbstverständlich gegen ihn stimmen. Damit wäre die Regierung gestärkt.

Die Anträge der Deutschnationalen.

Die deutschnationale Fraktion beschloß u. a. im Reichstage nachstehende Anträge einzubringen:

Der Reichstag wolle beschließen, die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 außer Kraft zu setzen.

Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung wird beauftragt, unverzüglich durch amtliche Noten den Tributmächtigen mitzuteilen, daß Deutschland nach der Bestimmung seiner Grenzen, namentlich im Osten, nach der Leistung eines ungeheuren Milliardenbetrages von Tribut und nach völliger Erschöpfung seiner Kapitalkraft nicht mehr in der Lage ist, die immer weiter ansteigende Zahl erwerbsloser Volksgenossen zu ernähren und damit die Revision des Versailler Vertrages und der auf ihm beruhenden Tributlasten verlangt.

Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung wird beauftragt, unverzüglich durch amtliche Noten allen Mächten zu eröffnen, daß nach der weitgehenden Aufklärung der historischen Tatsachen durch unparteiische Forschung das deutsche Volk das im Versailler Vertrag ihm abgepreßte Bekenntnis der Schuld am Weltkrieg widerrufen.

Konferenz der Landwirtschaftsminister.

Am 2. Dezember wurde im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Konferenz mit den Landwirtschafts- und Ernährungsministern der Länder statt. Reichsminister Dr. h. c. Schiele eröffnete in eingehenden Darlegungen die Gesamtlage der Landwirtschaft und die z. Zt. schwebenden wichtigsten agrarpolitischen Maßnahmen. In der eingehenden Diskussion, an der sich die Vertreter fast aller Länder beteiligten, wurde sowohl den teils durchgeführten, teils eingeleiteten Maßnahmen zugestimmt. Hierbei wurde insbesondere die Notwendigkeit betont, in Zukunft das Gebiet der bäuerlichen Veredelungswirtschaft härter in den Rahmen der agrarpolitischen Fürsorge einzubeziehen.

Entschließungen des Auswärtigen Ausschusses

Protest gegen Polen — Abberufung des deutschen Abrüstungsvertreters aus Genf

II. Berlin, 3. Dez. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages nahm gestern mehrere Entschließungen zu den Vorgängen bei den polnischen Wahlen an. In einer Entschließung der DVP, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei mit Zusätzen der Deutschnationalen gab der Ausschuß seine Empörung über die Gewaltakte Ausdruck, die von Polen unter Bruch von Recht und Vertrag gegen die deutsche Minderheit verübt worden sind. Die deutsche Minderheit sei in ein Gefühl vollkommener Rechts- und Schutzlosigkeit versetzt. Die Vorgänge seien umso ernster, als sie ein Glied in der langen Kette von Vorgängen seien, die klar ein auf die Bedrückung, Verdrängung und Vernichtung der Minderheit gerichtetes System erkennen lassen.

Der Ausschuß halte den Beweis für erbracht, daß eine solche offene Bedrückung nur mit stillschweigender Billigung und Ermutigung seitens der polnischen Behörden möglich war. Von der Reichsregierung werden Maßnahmen erwartet, um die Polen zur Aenderung ihres Kurzes zu zwingen, und den geschädigten Minderheitsangehörigen eine angemessene Entschädigung zu verschaffen.

Sodann nahm der Ausschuß Entschließungen der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten und des Landvolkes an, in denen u. a. die Regierung ersucht wird, die Ratifikation des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens nicht zu vollziehen und alle Verhandlungen mit Polen über den Abschluß eines Handelsvertrages oder sonstige Abkommen unverzüglich abzubrechen. Darüber hinaus soll die Regierung unverzüglich auch die Aufhebung des Reichstagsbeschlusses beantragen, durch den dem Liquidationsabkommen zugestimmt wurde.

Weiter nahm der Auswärtige Ausschuß eine nationalsozialistische Entschließung an, die die Reichsregierung

erucht, auf Grund der vom Vertreter der deutschen Republik selbst festgestellten Weigerung der Mehrzahl der Teilnehmer des vorbereitenden Abrüstungsausschusses, ihren Abrüstungsverpflichtungen nachzukommen, die deutsche Vertretung aus Genf sofort zurückzuberufen und nur einen Beobachter dort zu belassen.

Wie das Nachrichtenbüro des V. d. Z. zu den Beratungen im Auswärtigen Ausschuß hört, wurde die nationalsozialistische Resolution auf Zurückziehung der deutschen Vertretung aus Genf mit 13 Stimmen der Nationalsozialisten, Kommunisten, Christlich-Sozialen, Deutschnationalen und Landvolkspartei gegen 12 Stimmen der Sozialdemokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei und Bayerische Volkspartei bei Stimmenthaltung der Wirtschaftspartei angenommen. Eine Reihe anderer Anträge wurde abgelehnt, darunter ein Antrag auf Aufstellung eines Grenzschutzes gegen Polen aus 100 000 Erwerbslosen.

Die Verzinsung der Hypotheken vor dem Reichsrat

II. Berlin, 3. Dez. Der Reichsrat beschäftigte sich am Dienstag mit der Verordnung über die Durchführung des Gesetzes über die Fälligkeit und die Verzinsung der Aufwertungs-hypotheken. Die Reichsregierung schlägt für die Aufwertung dieser Hypotheken ab Januar 1932 einen Zinssatz von 7% Prozent vor. Im Reichsrat beantragte Preußen, den Zins nur mit 7 Prozent festzusetzen, da die Landwirtschaft 7% Prozent nicht ertragen könne und eine zu starke Erhöhung des Zinssatzes auch die Preiskämpfungssaktion illusorisch machen würde. Der preu-

Tages-Spiegel

Im Reichstag wird heute der Kampf um die neue Notverordnung des Kabinetts beginnen. Man rechnet damit, daß die Anträge auf Aufhebung mit 10 bis 20 Stimmen Mehrheit abgelehnt werden.

Der Auswärtige Ausschuß nahm mehrere gegen Polen gerichtete Entschließungen an. Auch forderte er die Abberufung des deutschen Abrüstungsvertreters aus Genf.

In Genf wurden gestern die deutschen Anträge auf Einberufung der Abrüstungskonferenz zum November 1931 und auf das Verbot schwerer Angriffswaffen abgelehnt.

Die Kabinettsbildung in Wien durch Dr. Ender ist infolge der ablehnenden Haltung der Landvolkspartei gescheitert.

Einige Anträge wurden in namentlicher Abstimmung mit 30 gegen 27 Stimmen abgelehnt und die Verordnung in der Fassung der Regierungsvorlage genehmigt.

Es kam dann noch zu einem Zwischenfall. Staatssekretär Weismann-Preußen wies darauf hin, daß die Regierungen von Braunschweig und Thüringen ihre Vertreter instruiert hätten, für den Zinssatz von 7% Prozent zu stimmen, obwohl die Nationalsozialisten im Reichstag beantragt hätten, daß alle Leute, die einen Zins über 5 v. H. nähmen, wegen Wuchers bestraft werden sollten. Der braunschweigische Vertreter erwiderte, daß man die Entwicklung der Gründe seiner Regierung selbst überlassen müsse. Der thüringische Vertreter bemerkte, es sei eigenartig, an der Stellungnahme einer Regierung deshalb Kritik zu üben, weil eine der in dieser Regierung vertretenen Parteien einen gewissen Standpunkt eingenommen habe.

Das Haushaltsgesetz für 1931.

Aus dem Entwurf eines Reichshaushaltsgesetzes wird dem „Berliner Börsencourier“ u. a. mitgeteilt:

Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, bis zu 150 Millionen Reichsmark im Wege des Kredites so lange und so weit zu beschaffen, als die durch die Veräußerung von Vorkaufsaktien der Deutschen Reichsbahngesellschaft flüssig zu machenden Deckungsmittel noch nicht in vollem Umfang zur Verfügung stehen.

Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt: a) Zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Reichshauptkasse bis zu 500 Millionen Reichsmark im Wege des Kredites flüssig zu machen; b) der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein zur Schaffung eines Betriebsmittelfonds bis zu 75 Millionen Reichsmark zur Verfügung zu stellen.

Im Rechnungsjahre 1931 dürfen in den Hoheitsverwaltungen freiverwendbare besetzbare Stellen des unteren und einfachen mittleren Dienstes, soweit sie nicht mit entbehrlichen Beamten oder soweit sie nicht im Wege der Beförderung oder innerhalb der gleichen Laufbahn im Wege der Beförderung besetzt werden, nur mit geeigneten Wartegeldempfängern oder mit Versorgungssamwärttern besetzt werden. Das gleiche gilt für 50 Prozent der frei werdenden Stellen des gehobenen mittleren Dienstes.

Streikunruhen in Chemnitz

II. Chemnitz, 3. Dez. Die Chemnitzer Straßenbahner sind gestern in einen Streik getreten. Grund ist die angekündigte Einführung der 40-Stundenwoche ohne Lohnausgleich. An einigen Straßenbahnstationen kam es zu Zusammenstößen zwischen Arbeitswilligen und Streikenden; die Arbeitswilligen wurden überall vor den Depots von starken Streikposten beschimpft und z. T. tätlich angegriffen. Die Polizei mußte teilweise vom Gummifüßel Gebrauch machen. An verschiedenen Stellen der Stadt wurden barrikadenartige Hindernisse errichtet, um den Straßenbahnverkehr zu unterbinden. Hierzu wurden Holzbohlen, umgeworfene Lastwagen usw. verwendet. Teilweise wurden die Schienen durch Holz und Steine verlegt oder durch losgeriffene Zaunlatten verstärkt. Es ist der Polizei teilweise unter Mithilfe der Feuerwehr gelungen, die Hindernisse inzwischen wieder zu beseitigen. In der Dresdener Straße wurde versucht, einen Straßenbahnwagen umzuwerfen. Außerdem sind Wagen an verschiedenen Stellen der Stadt mit Steinen beworfen worden, wobei Fensterscheiben zertrümmert wurden. Eine Anzahl Personen wurde festgenommen. Der Direktion ist es gelungen, mit Hilfe der Arbeitswilligen den Straßenbahnverkehr teilweise wieder aufzunehmen. Die polizeilichen Maßnahmen sind verstärkt worden, u. a. hat sich das Polizeipräsidium entschlossen, infolge der Ausschreitungen, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuten und deren Wiederholung nicht ausgeschlossen scheint, mit sofortiger Wirkung ein Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel, Auf- und Umzüge und irgendwelche Versammlungen für den Stadtbezirk Chemnitz auf Grund des entsprechenden Artikels der Reichsverfassung zu erlassen.

Die Genfer Abrüstungsverhandlungen

II. Genf, 2. Dez. Der Abrüstungsausschuss hat am Montag die Aufnahme einer Revisionsklausel in das Abrüstungsabkommen beschlossen. Das Abkommen wird nach den jetzt angenommenen Bestimmungen für eine begrenzte Reihe von Jahren abgeschlossen. Die Revisionsklausel sieht vor, daß jede das Abkommen abschließende Macht das Recht hat, mit Zustimmung des zuständigen Abrüstungsausschusses eine Revision des Abkommens zu fordern. Der Ausschuss trat sodann in die dritte Lesung des Abrüstungsentwurfes ein. Graf Bernstorff erklärte, daß die deutsche Abordnung einen allgemeinen Vorbehalt zu den Bestimmungen des Abkommens mache, da die ausgebildeten Reservisten nicht erfasst würden. In ähnlichem Sinne drückte sich auch der Vertreter der Sowjetunion aus.

Englischer Protest in Moskau

II. London, 2. Dez. Henderson teilte im Unterhaus mit, die Regierung habe einen diplomatischen Schritt bei der Sowjetregierung wegen der Behauptungen unternommen, daß England sich an einer Aktion gegen Rußland beteiligen wolle. Soweit die Behauptungen des Staatsanwalts in Moskau als Ansichten der Sowjetregierung angesehen werden müssen, habe der britische Außenminister an den Äußerungen Anstoß genommen, die feindselige und unbegründete Ansichten über die frühere und jetzige englische Regierung enthielten. In diesem Sinne sei der englische Botschafter bei den Moskauer Regierungsstellen vorstellig geworden.

Anschlag auf italienische Grenzbeamte

II. Rom, 2. Dez. In Murovizza bei Görz wurden sechs italienische Grenzbeamte, die in einem Kraftwagen zum Standort ihrer Abstellung zurückkehrten, von Unbekannten beschossen, wobei ein Beamter tödlich getroffen wurde. Die italienische Presse nimmt an, daß es sich um einen von Slowenen verübten politischen Anschlag handelt.

Grenzschutz im Osten?

Der deutsche Ostanschuß fordert energische Maßnahmen gegen Polen.

II. Königsberg, 2. Dez. Die im Ostanschuß zusammenarbeitenden Verbände und Vereine faßten eine Entschlie-
fung, in der unter Hinweis auf die festgesetzten polnischen Grenzverletzungen die Bedrohung Danzigs und die Gewalttaten in Ostoberschlesien erklärt wird, daß daraus die Absicht der Polen zur Ausrottung der Deutschen innerhalb der jetzigen polnischen Grenze folge, ebenso auch die Absicht, sich Danzig und Ostpreußen einzuverleiben und die Obergrenze zu erlangen. Die deutsche Reichsregierung habe schon viel zu lange gezögert, Anrufung des Völkerbundes genüge nicht. Es heißt dann weiter: Wir fordern vielmehr dringend, daß sofort alle Mittel ergriffen werden, um wirkliche Genug-
tunung und vollen Schadenerlass in kürzester Frist zu erlangen und Wiederholungen endgültig unmöglich zu machen. Solche Mittel stehen auch dem entwaflneten Deutschland in genügender Zahl und Kraft zur Verfügung, wie das Beispiel viel kleinerer Staaten in ähnlichen Fällen zeigt. Die Vertragsbrüche rechtfertigen erneut unser dauerndes Verlangen nach Schaffung eines deutschen Grenzschutzes, darüber hinaus Wiederherstellung der deutschen Wehrfreiheit und Revision aller Ostgrenzen.

Neue Auslandsreise der „Emden“

II. Wilhelmshafen, 2. Dez. Zum vierten Male hat Wilhelmshafen den Schulkreuzer „Emden“ zur Auslandsreise verabschiedet. Nachdem die Admiralität von Bord gegangen war, warf die „Emden“ die Leine los und fuhr durch die Schleuse in die Jade, dem nächsten Hafen Vigo zu, wo sie in den nächsten Tagen mit dem von Südamerika heimkehrenden Kreuzer „Karlsruhe“ zusammentrifft.

Kleine politische Nachrichten

Waffenraub bei österreichischen Sozialdemokraten. In Linz wurden bei Hausdurchsuchungen, die auf Gerichtsbeschlüssen vorgenommen wurden, auf dem sozialdemokratischen Arbeiterportbundturnplatz und in den sozialdemokratischen Spaten-Brot-Berlen 57 Seitengewehre, Maschinengewehr-
gurt für 250 Schuß, 1 Sack Patronenhülsen, 50 scharfe Patronen, sechs Gewehrverschlüsse, verschiedene Gewehrbestandteile und 3 italienische Seitengewehre beschlagnahmt.

Die Niederhaltung des Deutschtums in der Tschechoslowakei. Die ständige Garnison in der vorwiegend deutschen Gemeinde Trautenau, die aus einem Grenzbataillon besteht, wird um 600 Mann Infanterie verstärkt werden. In Trautenau leben nach der letzten Volkszählung 17 v. H. Tschechen. Die Absicht ist klar: Durch die Verlegung des tschechischen Militärs in deutsche Städte, wo Soldaten der Garnison als ständig anwesend gezählt werden, wird der tschechische Hundertsatz auf über 20 hinaufgesteuert, damit den dort ansässigen Tschechen die an die Erreichung dieses Hundertsatzes gebundenen Nationalitätenrechte (einsprachige tschechische Amtierung, Herausgabe einsprachiger tschechischer Druckschriften usw.) zuerkannt werden müssen.

Zurückziehung der letzten belgischen und französischen Truppen aus dem Saargebiet. Die Zurückziehung der letzten noch im Saargebiet befindlichen belgischen und französischen Truppen steht unmittelbar bevor. Der vorbereitende Befehl für die Zurückziehung der Truppen wurde bereits am 12. Oktober erteilt. Inzwischen wurde als äußerster Termin der 12. Dezember festgesetzt. Einzelne belgische Truppenteile sind bereits in ihre Heimatgarnisonen zurückverlegt worden. In Saarbrücken blieb nur noch eine kleine Nachhut zurück, die die Aufgabe hat, die belgischen und französischen Fahnen in den nächsten Tagen über die Grenze zu bringen.

Der Weg aus der Krise

Von Geheimrat Prof. Dr. Duisberg, Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Die Überwindung der gegenwärtigen Krise ist abhängig von der Entschlußkraft und der Opferbereitschaft eines jeden einzelnen in unserem Wirtschaftsprozess mittelbar oder unmittelbar Tätigen, ebenso von dem Grade der reibungslosen Zusammenarbeit aller Kräfte. Es gilt also, die wenigen klaren Maßnahmen zu ergreifen, die uns gegeben sind, um die wirtschaftliche Grundlage unseres Staates zu erhalten und unseren Produktionsapparat wieder zur vollen Wirksamkeit zu bringen. Der Charakter der Krise zerfällt in drei Hauptteile:

1. die allgemein-politische Vertrauenskrise,
2. die inner-wirtschaftliche finanz- und wirtschaftspolitische Krise,
3. die welt-wirtschaftliche Krise.

Die Vertrauenskrise ist zu beseitigen durch Verwirklichung der klaren Reformvorschlüsse der Regierung, verantwortungsbewußte Mitarbeit des Reichstages und durch einmütige Kraftanstrengung unter Ausschaltung aller Trennenden zur Überwindung der Schwierigkeiten.

Die innerwirtschaftliche finanz- und wirtschaftspolitische Krise stellt sich uns dar als Einschränkung der industriellen und gewerblichen Produktion, Ueberschuldung und Stöckung der landwirtschaftlichen Produktion und des Absatzes sowie als Zerrüttung des Binnenmarktes. Die Folgeerscheinung sind Arbeitslosigkeit in ungekanntem Ausmaße, Zusammenbrüche und Verschuldung. Die Ursachen dieser Erscheinungen liegen in einem Zusammenfallen verfehlter wirtschaftspolitischer Maßnahmen mit der allgemeinen Erschütterung der Absatzmärkte durch die herrschende Weltkrise. In der industriellen und gewerblichen Wirtschaft hat sich das ständige Anwachsen der fixen Selbstkostenanteile, die sich der Beeinflussung des Unternehmens entziehen, wie Sozialabgaben, Löhne und Gehälter als eine immer größer werdende Einschränkung der Konkurrenzfähigkeit ausgewirkt. Um für diese fixen Kosten einen Ausgleich zu finden, hat man die Rationalisierung unter großem Kapitalaufwand forcieren müssen. Als weitere Folge ergab sich eine fortschreitende Konzentrierung der Betriebe auf die am besten und billigsten arbeitenden unter Ausschaltung aller irgendwie veralteten Betriebseinrichtungen. Dadurch mußte zwangsweise zur weiteren Entlastung von Arbeitskräften geschritten werden. Aus der mangelnden Eigenkapitalbildung folgte dann in vielen Betrieben der Zwang zu weitgehender Verschuldung. Infolge der wirtschaftlichen Auswirkung finanzpolitischer Maßnahmen von Reich, Ländern und Gemeinden blieben die tatsächlichen Erträge weit hinter den Voranschlägen zurück, jedoch immer neue Steuerquellen und Kredite erschlossen werden mußten. Gegen diese abfälligen hat die Regierung jetzt endlich einen Damm aufgerichtet. Er wird und kann nur dann halten, wenn es gelingt, die benötigte Ausgabenlenkung nicht nur im Reich, sondern vor allen Dingen in den Ländern und Gemeinden zu erzwingen.

Neben den Steuern fallen als fixe Produktionskosten besonders die Lohn- und Gehaltssummen ins Gewicht. Auch ihre Senkung erscheint unvermeidbar. Härten können aber durch gleichzeitiges Sinken des Preisniveaus ausgeglichen werden. Die Selbstkostenlenkung ist Voraussetzung für einen erfolgreichen Preisabbau und auch für die notwendige Exportausdehnung, die erhöhte Beschäftigung bringt. Die viel erörterte Kürzung der Arbeitszeit zeigt sich undurchführbar immer dann, wenn sich dabei eine Erhöhung des Kapitalaufwandes oder eine Erhöhung der Lohnsumme statt einer Senkung der beiden Selbstkostenanteile ergibt. Nach den Feststellungen des Konjunkturforschungsinstituts arbeiten schon heute 1,8 Millionen der industriell Beschäftigten verkürzt, jedoch hier jede weitere Verkürzung von selbst ausscheidet. Um möglichst viele Arbeiter wieder einzuschalten, scheint es mir doch zweckmäßiger, wenn ein freiwilliger Lohn- und Gehaltsabbau der Arbeitenden, der auch im Falle der Arbeitszeitkürzung erfolgen müßte, die notwendige Selbstkostenlage schafft, die es den Betrieben ermöglicht, die Produktion auszubehnen und neue Arbeitskräfte wieder organisch einzugliedern.

Selbst wenn wir die wirtschaftspolitisch bedingte Krise überwinden, werden wir zu einer echten und dauerhaften Gesundung unserer Verhältnisse nur unter zwei weiteren Voraussetzungen kommen:

1. Ausschöpfung aller Revisionsmöglichkeiten des Young-planes und damit Senkung der unerfüllbaren fixen Belastung von dieser Seite her;

Ungarische Minderheitenbeschwerden wegen der Volkszählung in der Tschechoslowakei. Die ungarischen Abgeordneten im tschechoslowakischen Parlament brachten beim Völkerbund eine Minderheitenbeschwerde gegen die tschechische Regierung ein. Darin wird gegen die einseitige und willkürliche Handhabung der Volkszählung durch die tschechoslowakischen Behörden Einspruch erhoben.

Vor einer Kürzung der Arbeiterlöhne in Italien. Die Vorsitzenden der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen der Industrie haben der Regierung ein Lohnabkommen vorgeschlagen, das ab 1. Dezember eine Kürzung der Arbeiterlöhne um 8 vom Hundert vorsieht. Diese Kürzung soll jedoch nicht angewandt werden bei Arbeitern, die nicht mehr als 3 Tage in der Woche beschäftigt sind.

Litwinow Vorsitzender des Rates der Volkskommisare? In Moskau verlautet, daß Außenkommissar Litwinow nach seiner Rückkehr aus dem Ausland zum Vorsitzenden des Rates der Volkskommisare der Sowjetunion ernannt werden wird, weil Rykow nach Ablauf seines Urlaubs nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren dürfte. Litwinow soll jedoch nur dann diesen Posten übernehmen wollen, wenn er die Führung der Außenpolitik beibehält.

Amerika und der Weltgerichtshof. Präsident Hoover wird, wie im Weißen Haus verlautet, das Protokoll über den Weltgerichtshof der Wintertagung des Kongresses vorlegen. Hoover hat der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Aussprache über den Gesetzesentwurf nicht zu Obstruktionsmanö-

2. Sicherung einer Exportbasis, um eine gesteigerte verbilligte Produktion unterbringen zu können.

Während die Industrie von jeher den Standpunkt der Undurchführbarkeit des Young-planes vertrat, haben sich dieser Ansicht jüngst auch die freien Gewerkschaften angeschlossen. Unsere in der Zwischenzeit weiterhin verschärfte Lage macht es zur Pflicht, alle irgendwie im Neuen Plan vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen, um zur gegebenen Zeit auf legalem Wege zu einer neuen Diskussion über die Reparationsfrage zu kommen.

Die Sicherung unserer Exportbasis ist durch die Weltkrise wesentlich schwieriger geworden. Es ist ein typisches Zeichen für das sinkende Vertrauen unserer Zeit auf den Weltfrieden, der Voraussetzung für eine sicher funktionierende ausgeprägte Weltwirtschaft ist, daß sich allenthalben große nationale Wirtschaftsräume entwickeln, deren Tendenz dahin geht, durch wirtschaftlichen Ausgleich innerhalb ihres Raumes immer höhere Prozentfüße der Produktion auf dem erweiterten Binnenmarkt unterzubringen. Besonders aktuell ist die Frage für Länder, die hochprozentig exportabhängig sind. Dazu zählt in besonders hohem Maße Deutschland, das 1929 für 12,6 Milliarden Reichsmark exportierte.

Ist uns aber über planvolle staatliche und private Exportförderung hinaus irgendwelche Möglichkeit gegeben, um zu einer sicheren Exportbasis zu gelangen? Wie liegen denn die Dinge in unserer unmittelbaren Heimat? In einer eigenartigen Gegenüberstellung finden wir in Mitteleuropa dort hochindustrialisierte Staaten, wie Deutschland, die Tschechoslowakei und auch zum Teil Desterreich, während diesen im Osten dieses Raumes reine Agrarstaaten, wie Rumänien, Südbanien und als gemischter Industrie- und Agrarstaat Ungarn gegenüberstehen. Diese Verhältnisse verlangen geradezu gebieterisch einen Ausgleich. Die Agrarstaaten haben schon die Initiative ergriffen und in einigen Konferenzen versucht, unter sich zu einem geschlossenen Block zu kommen. Für sie kommt es in der heutigen Situation weniger darauf an, neue Kapitalien zu bekommen, wie sie ihnen von Frankreich angeboten werden, als vielmehr sichere Absatzgebiete für ihre Standardproduktion, nämlich die landwirtschaftlichen Produkte, zu finden. Diese Absatzgebiete können naturgemäß in der Hauptsache nur in den vorwiegend industriellen Weststaaten, wie Deutschland, Tschechoslowakei und Desterreich liegen.

Schon bei den Verhandlungen der Agrarstaaten unter sich und mit Polen haben sich große Schwierigkeiten zollpolitischer Art gezeigt, die hier im Wege stehen. Es scheint mir aber doch notwendig zu sein, zur gegebenen Zeit in Mitteleuropa zu Verhandlungen zu kommen, die die Interessen beider Teile an einem erweiterten nationalen Binnenmarkt sicherstellen.

Gelingt es uns, in Zukunft eine sichere Exportbasis zu schaffen, so werden wir damit auch die Widerstandsfähigkeit unserer Wirtschaft gegen weltwirtschaftliche Krisenstöße erhöhen und auch den dritten Teil unserer gegenwärtigen Krise, das weltwirtschaftlich bedingte Element, abmildern.

Es ist ein Vorzug der Deutschen, so sehr sie durch Meinungsverschiedenheiten der politischen Ueberzeugung und der Weltanschauung getrennt sind, doch in Notzeiten sich zusammenzufinden, um mit zusammengebissenen Zähnen sich Schulter an Schulter durchzukämpfen. Nur muß das Volk ein Ziel und einen Weg sehen.

Das Ziel ist unsere politische und wirtschaftliche Freiheit und allgemeiner Wohlstand. Der Weg ist:

1. Wiederherstellung des Vertrauens durch Entlastung der politischen Atmosphäre und verantwortungsfreudige Arbeit.
2. Ordnung der Grundlagen von Staat und Wirtschaft durch rasche Sanierung der Finanzen, Senkung des Kosten-niveaus, Sparsamkeit und Opferbereitschaft aller Teile des Volkes. Ausbau des Binnenmarktes durch Sanierung und Organisierung der Landwirtschaft, dadurch gesteigerte Konkurrenzfähigkeit und steigender Absatz sowie steigende Beschäftigung.
3. Energische Förderung unseres Exports nach allen Märkten der Welt. Erweiterung der nationalen Wirtschaftsbasis in Mitteleuropa als Grundlage für industrielle Exportausdehnung und als Sicherung gegen Rückschläge.

Hoffen wir, daß unser Volk und seine berufenen Vertreter den Mut finden, diesen Weg bis zum Ziel durchzuführen.

vern der Opposition führen möchte, wodurch die Einberufung einer Sondertagung im nächsten Jahre notwendig würde.

Wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen in den Vereinigten Staaten. Der Vorschlag des Bürgerausschusses an die Regierung, eine Anleihe in Höhe von einer Milliarde Dollar zur Behebung der Arbeitslosigkeit aufzulegen, findet in Kongresskreisen sehr freundliche Aufnahme. Die Einbringung eines entsprechenden Antrages ist bald zu erwarten.

Was ein Ozeanflug einträgt

Es ist nun einmal so: mit dem olympischen Kranz allein lockt man heute keinen Boyer in den Ring, keinen Stürmer aus Leder und — kein Flugzeug aus dem Hangar. Kein Wunder, daß die amerikanischen Zeitungen jetzt in großer Aufmachung verkünden, was der erfolgreiche Franzose Costes, der gegenwärtig den populären Lindbergh an Beliebtheit fast übertrifft, mit seinem Ozeanflug verdient hat. Es wird die ansehnliche Summe von 2 Millionen Dollar errechnet. Sie setzt sich aus verschiedenen Preisen, Wettgewinnen und erstaunlicherweise auch aus Infratengebühren zusammen. Costes ist nämlich der erste Ozeanflieger, der die geniale Idee hatte, die weiten Flächen seines Apparates und die Werbekraft seines Namens für Reklamezwecke auszunutzen. Man kann sich die mit Reklame vermischte Bewunderung der smarten Yankee denken, die hier, auf ihrem ureigensten Gebiet, von einem Franzosen geschlagen wurden.

Eine ...
wangen ...
tragen wo ...

Vorwe ...
mung ent ...
den Stra ...
Belohnung ...
Gaben un ...
drei Woch ...
drinnen i ...
Belohnung ...
schon an ...
kleinen ...
Sie erzäh ...
und besch ...
Nikolaus ...
and abend ...
Viehsien ...
befassen ...
gebäck u ...
Vorgenuß ...
baren Kle ...
Augen der ...
wachsenen ...
weihnacht ...
fenden W ...
nere sich ...
und tue e ...

Wie un ...
Calw mit ...
ler in Sta ...
möbeln be ...
undwanz ...
Notlage d ...
überdies ...
Handwerk ...
Münster ...
„Vereinigt ...
richtig, daß ...
stellern ha ...
aber insfol ...
und seit ...
steht. — ...
deren Pre ...
Ware über ...
lern einlä ...
zu werden ...
schäftsman ...
solide und ...
Abwehr d ...
maßnahmen ...

Der Re ...
Minimum ...
Unter dies ...
vorwiegend ...
erwarten.

SEB. ...
verstarb ...
Der Verst ...
unterbroch ...
schen Part ...
SEB. ...
wegen Ne ...
feinerzett ...
waren, wu ...
Berhandlu ...
Erlänge ...
glücksfall ...
bruch, wo ...
waren. Hi ...
und verfeh ...
hier derart ...
SEB. ...
garter Ha ...
empfohlen ...
Jahr 1932 ...
Stenzel se ...
ihrer erste ...
ein bestimm ...
Feter wer ...
lung der ...
Deutschlan ...
für eine g ...
Jahres not ...
namentlich ...
Stuttgart ...
folgte. Unt ...
tungszeit ...
700-Jährei ...
in Stuttga ...
SEB. ...
eignete sich ...
zuges ein ...
Benningere ...
der sich no ...
unter die ...
chen wurde ...
eine schwe ...
zur Ampul ...
SEB. ...
Wilhelm G ...
fand fürrie ...
zu Donaue ...

Aus Stadt und Land

Calw, den 3. Dezember 1930.

Dienstnachricht.

Eine Lehrstelle an der ev. Volksschule in Oberkollwangen ist dem Lehrer Georg Glöck in Stuttgart übertragen worden.

In wenigen Wochen Weihnachten.

Vorweihnachtszeit ist und niemand kann sich ihrer Stimmung entziehen! Die Abende senken sich früh herab und in den Straßen sieht man die Lichter- und farbenglänzenden Weihnachtsauslagen der Geschäfte mit ihren verschiedenartigen Gaben und Geschenken für Groß und Klein. Nur mehr knappe drei Wochen dauert es, und das Leben auf den Straßen und drinnen in den warmen Stuben steht im Zeichen des hohen Weihnachtsfestes. Die Kinder zählen die Tage bis zum Feste schon am Kalender ab? Durch die Räume, in denen sich die Kleinen aufhalten, geht ein seltsames Raunen und Flüstern. Sie erzählen sich von den Geschenken, die sie sich erhoffen und beschäftigen sich in ihren kindlichen Träumen mit dem Nikolaus und dem Christkind. Verstoßen arbeiten des Tages und abends über die älteren an Geschenkartikeln, die sie ihren Liebsten mit eigener Hand fertigen. Die sorgenden Mütter besessen sich jetzt schon mit der Herstellung des Weihnachtsgebäcks und manche Süßigkeit fällt jetzt schon zum Kosten als Vorgenuss der kommenden Herrlichkeiten den dafür dankbaren Kleinen ab. Ueberall ist Zauber und Freude in den Augen der Kinder und ihren Seelen und auch bei den Erwachsenen und niemand kann sich der Stimmung der Vorweihnachtszeit entziehen. Wer das Glück hat, von der drückenden Wirtschaftslage nicht betroffen zu werden, der erinnere sich in diesen Tagen an jene, die arm sind und darben, und tue ein gutes Werk.

Haushandel mit Polstermöbeln.

Wie uns von Seiten des Handels- und Gewerbevereins Calw mitgeteilt wird, haben in der letzten Zeit Hausherhändler in Stadt und Bezirk einen lebhaften Handel mit Polstermöbeln betrieben. Allein in Calw sollen diese Händler vier- und zwanzig Piesesofas abgesetzt haben. Das ist angesichts der Notlage des eingeleiteten Handwerks tief bedauerlich und überdies von den Käufern sehr kurzfristig. Auf Anfrage der Handwerkskammer Neutlingen hat die Handwerkskammer Münster über die Herstellungsfirma dieser Polstermöbel, die „Vereinigten Polstermöbelhersteller in Gelsenkirchen“ berichtet, daß es sich um eine Zusammenfassung von Schundfertnern handelt, die unter Leitung eines früher selbständigen, aber infolge unsoliden Lebenswandels heruntergekommenen und seit Jahren als unpfändbar geführten Handwerkers steht. — Man sollte bei Käufen doch nicht allein auf den niederen Preis sehen, sondern sich auch von der Qualität der Ware überzeugen. Wer sich auf Geschäfte mit Klamottenhändlern einläßt, muß von vornherein damit rechnen, geschädigt zu werden, deshalb ist es klüger, beim eingeleiteten Geschäftsmann zu kaufen. Er bietet unbedingte Gewähr für solide und preiswürdige Ware. Bedauerlich bleibt es, daß zur Abwehr des zunehmenden Haushandels nur Selbsthilfemaßnahmen möglich sind.

Wetter für Donnerstag und Freitag.

Der Kern des Hochdrucks liegt nun über der Ostsee. Ein Minimum zeigt sich im Norden, ein weiteres in der Biskaya. Unter diesen Umständen ist für Donnerstag und Freitag nach vorwiegend heiterem wieder mehr veränderliches Wetter zu erwarten.

*

ECB. Pforzheim, 2. Dez. Im Stuttgarter Krankenhaus verstarb Stadtrat Wienenberger im Alter von 73 Jahren. Der Verstorbene gehörte seit 35 Jahren dem Stadtrat ununterbrochen an. Er war Vertreter der Deutschdemokratischen Partei.

ECB. Wildbad, 2. Dez. Den hiesigen Bäckermeistern, die wegen Uebertretung des Backverbots am 14. September feinerzelt zu bedeutenden Geldstrafen verurteilt worden waren, wurde bei der gestern in Neuenbürg stattgefundenen Verhandlung die Geldstrafe auf die Hälfte ermäßigt.

Eltschen M. Leonberg, 2. Dez. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich heute vormittag im Hofinger Steinbruch, wo Arbeiter mit dem Schlagen von Steinen beschäftigt waren. Hiesel löste sich ein schwerer Block von der Wand und verletzten den über 60 Jahre alten Wilhelm Köhler von hier derart am Kopf, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

ECB. Stuttgart, 2. Dez. In einer Denkschrift der Stuttgarter Handelskammer an den Stuttgarter Stadtrat wird empfohlen, die 700-Jahrfeier der Stadt Stuttgart in das Jahr 1932 oder 1933 zu verlegen, nachdem Stadtdirektor Dr. Stensel festgestellt hatte, daß die 700-Jahrfeier der Stadt trotz ihrer ersten urkundlichen Erwähnung im Jahr 1229 nicht an ein bestimmtes Jahr gebunden sei, Art und Ausmaß der Feste werden zweifellos bestimmt werden von der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Deutschland in den nächsten Jahren. In jedem Fall aber ist für eine gründliche Vorbereitung mindestens die Zeit eines Jahres notwendig. Besser und wünschenswert wären 2 Jahre, namentlich dann, wenn der vom Deutschen Auslandsinstitut Stuttgart vorgeschlagene „Weltschwabenstag“ zur Tat werden sollte. Unter Berücksichtigung einer angemessenen Vorbereitungszeit würde sich so das Jahr 1933 als geeignet für die 700-Jahrfeier der Stadt ergeben. In demselben Jahr findet in Stuttgart auch das 15. Deutsche Turnfest statt.

ECB. Heilbronn, 2. Dez. Auf dem Karlsruherbahnhof ereignete sich heute früh beim Einfahren des ersten Arbeiterzuges ein schweres Unglück. Die etwa 17 Jahre alte Sofie Wenninger von Weinsberg ist beim Aussteigen aus dem Zug, der sich noch in Bewegung befand, vom Trittbrett erfasst und unter die Räder des Zuges geschleudert worden. Das Mädchen wurde schrecklich zugerichtet. Es liegt in der Hauptkuche eine schwere Beinverletzung vor, die sehr wahrscheinlich zur Amputation führen wird.

ECB. Nottweil, 1. Dez. Der 33 Jahre alte Ingenieur Wilhelm Götz aus Stuttgart, der sich auf Geschäftsreisen befand, führte in seinem Auto eine junge Dame mit sich, die er in Donaueschingen zur Mitfahrt eingeladen hatte. Beide

fuhren dann über Schweningen nach Nottweil und von da in Richtung Tuttlingen weiter. Beim Posten 140, wo die beiden Eisenbahnlinien Nottweil-Tuttlingen und Nottweil-Sweningen sich kreuzen, hat die Dame, die hinter dem Fahrer des Autos saß, er solle langsam fahren. Als der Wagen hielt, zog sie hinter dem Rücken des Führers einen Walzenrevolver und schoss den Fahrer des Wagens hinter das rechte Ohr. Die Kugel drang in den Hinterkopf ein. Darauf wollte die Dame die Flucht ergreifen, wobei sie den Revolver wegwarf. Sie wurde von Passanten angehalten, die die Landjägerstelle in Nottweil benachrichtigten. Es handelt sich um ein 28 Jahre altes Fräulein Frida Krebber von Gailingen (Baden), das seit etwa zwei Tagen in einer Pension in Donaueschingen weilte. Die Verletzung ist nicht lebensgefährlich. Der Beweggrund zur Tat ist noch nicht einwandfrei erwiesen. Die Dame gibt nur an, sie hätte auf den Herrn geschossen, um entfliehen zu können, da der Herr sie mit dem Auto gegen ihren Willen in Richtung Tuttlingen fuhr.

Was not tut

Wir veröffentlichen nachstehenden, der Schwarzwälder Tageszeitung „In den Tannen“ entnommenen Aufsatz auf Wunsch eines Calwer Gewerbetreibenden. Der Verfasser will nach einer alten volkswirtschaftlichen Theorie die Wirtschaft durch Beschleunigen des Geldumlaufs beleben.

Ein fürchterlicher Winter steht uns bevor. Die wirtschaftliche Not erfasst immer weitere Kreise. Es ist nicht nötig, auf die steigende Zahl der Arbeitslosen hinzuweisen. Nützlich ist aber, die, die heute noch davon verschont sind, immer und immer wieder auf die große Notlage der davon Betroffenen hinzuweisen, auf die Stimmen der Verzweiflung von ihrer Seite und auf die große Gefahr, die daraus für alle entsteht. Pflicht eines jeden ist es, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, wo und wie er kann; jeder muß sich verpflichtet fühlen mitzuhelfen, daß Arbeits- und Verdienstmöglichkeit geschaffen wird. Und jedem ist dazu in seinem Teil die Möglichkeit gegeben, und es ist seine Pflicht, sie auszunutzen. Die Möglichkeit und Pflicht besteht darin, daß er das Geld, das er hat oder bekommt, so schnell als möglich wieder ausgibt und unter die Leute bringt. Auf welche Art man es ausgibt, ist dabei ganz gleichgültig, wenn das Geld nur im Umlauf bleibt und weitergegeben wird. Man mag das Geld für seinen Tagesbedarf ausgeben, man mag sich eine große Anschaffung machen oder das Geld auf eine Sparkasse o. ä. bringen, wo ja das Geld weiterverliehen wird, so daß es irgendwo Arbeit schafft und bezahlt. Zwei Bedingungen müssen, wie gesagt, erfüllt sein, damit die Ausgabe der Belegung unserer Wirtschaft und der Abschwächung der Arbeitslosigkeit dient: die Stelle, die das Geld erhält, muß eine solche sein, die das Geld rasch weiter gibt, und sie muß es im Umlauf weiter geben; unsere Ausgabe darf also nicht für Auslandswaren gemacht werden. Aber selbst wenn sie für solche gemacht wird, so ist es immer noch viel besser, als wenn das Geld untätig liegen bleibt; auch an solchen Waren verdient ja ein deutscher Kaufmann, verdient ein deutsches Transportunternehmen, und zudem ist die Wirtschaft der verschiedenen Völker so miteinander verflochten und die Wirtschaftskrisis allgemein, daß auch eine solche Ausgabe der deutschen Wirtschaft rückwirkend zugute kommt. Aber Verräter mit schwerver Schulden beladen sind die, die ihr Geld zurückhalten, genau so wie die, die es ins Ausland verschieben und die einst eine wohlverdiente Strafe treffen möge. Dagegen ist es einseitig, immer auf die zu weisen, die die Mieseneinkommen beziehen, und von der Herabsetzung solcher Einkommen alles Heil zu erwarten. Mögen manche übertrieben hoch sein: wenn die Betroffenen das Geld gleich wieder unter die Leute bringen, mögen sie sich nun eine prunkvolle Villa bauen oder — im Inland! — eine splendide Kur durchmachen oder das Geld für die Neuanlage eines Werks verwenden, so wird es für die Gesamtwirtschaft nicht besonders schädlich sein; jedenfalls stellt eine solche Kürzung nicht das Allheilmittel dar. Sollen alle die, die heute direkt oder indirekt aus solchen hohen Einkommen bezahlt werden, auch noch arbeitslos und brotlos werden? Sollen die vornehmen Kurorte plötzlich aussterben, die Fluglinien überhaupt keine Fahrgäste mehr haben, die Fluggeschwindigkeit stillgelegt werden, die Fabriken guter Automarken nicht mehr in der Lage sein, sich zu vervollkommen, die Silberwarenfabriken abstoßlos werden, die höhere Forschung keine Förderer mehr finden? Sollen keine Fabriken mehr vergrößert oder neu gebaut werden? Mag man — für die Zukunft — diese Fragen mit „Ja“ beantworten und sich an dem Gefühl der Schadenfreude erbauen und sagen: „Die sollen auch nicht das alles tun dürfen“, für die Gegenwart, insbesondere für den bevorstehenden Winter, würde die obengenannte Maßnahme, allgemein durchzuführen, die Gesamtlage nur verschlimmern. Freilich müssen die Groß- und Kleinverdiener ihr Geld in Umlauf setzen, um es für die Allgemeinheit wirksam werden zu lassen. Ein Verhängnis wäre es, es zurückzuhalten, etwa abzuwarten, bis die Preise gesunken sind. Wenn es alle so machen, wenn alle nur das Allernotwendigste kaufen — was dann? — Es wäre die Katastrophe! Das Versprechen eines Preisabbaues birgt diese furchtbare Gefahr in sich. In, wenn die Preise rasch gesunken wären und dann langsam wieder anziehen, dann wäre dieser Spul gebannt; das Eisenkartell will es übrigens so machen mit seinen Preisen und beim Kupfer ist es schon so: der Kupferpreis steigt nach seinem jähen Sturz wieder langsam an. Denken wir an die Inflation: da stiegen die Preise, da hielt deshalb auch niemand das Geld zurück, da hatten wir deshalb auch keine Arbeitslosigkeit. (Vom Unheil, das die Inflation im übrigen angerichtet hat, ist hier nicht die Rede.) Darum ist unsere Pflicht: Geld heraus! In die Kaufläden damit! Auf die Sparkasse damit! Aber ja nicht in die Socken! Der raschere Umlauf des Geldes hätte auch zur Folge, daß der Steuereingang des Reiches sich heben würde und neue Steuern unnötig würden. Seht nicht auf Anderer! Auf uns kommt es an. Geld heraus! Und im Blick auf das Nächste: Macht Weihnachtseinkäufe artig und mehr als sonst! Beschließt keine Ausgabebeschrän-

kung in Vereinen und dergl.! Die Arbeitslosen warten. Die Arbeitslosen drohen. Studienassessor Kuz

Fußballsport

Stand der Spiele im Neckar-Rogold-Gau.

Klasse B Gruppe III.	Sp. Gew. Uue. Verl. Tore P.					
	Sp.	Gew.	Uue.	Verl.	Tore	P.
FC. Calw II	7	5	1	1	27:14	11
FC. Stammheim	6	5	—	1	18:9	10
FC. Gärtringen	7	3	1	3	19:10	7
FC. Neubulach	5	2	2	1	14:16	6
FC. Altburg II	6	2	—	4	15:20	4
SpVgg. Gchingen	6	2	—	4	9:22	4
SpVgg. Teinach-Zavelst. 5	—	—	—	5	2:15	0

Klasse B Gruppe IV.	Sp. Gew. Uue. Verl. Tore P.					
	Sp.	Gew.	Uue.	Verl.	Tore	P.
FC. Hamberg	7	5	—	2	21:11	10
FC. Münsheim	6	4	—	2	14:4	8
SpV. Haujen	7	4	—	3	18:12	8
FC. Althengstett	6	4	—	2	14:10	8
FC. Tiesenbronn	6	3	—	3	16:11	6
FC. Mählhäuser	6	2	1	3	13:23	5
Sportfr. Lehnigen	6	2	—	4	18:26	4
Turnv. Merflingen	6	0	1	5	6:22	1

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefurse.

100 holl. Gulden	168,88
100 franz. Franken	16,49
100 schweiz. Franken	81,34

Börse.

ECB. Stuttgart, 2. Dez. Nach anfänglicher Festigkeit lag die Börse zum Schluß wieder schwächer.

ECB. Berliner Produktenbörse vom 2. Dez.

Weizen märk. 251—252; Roggen märk. 155—157; Gerste 105—217; Futtergerste 170—186; Hafer märk. 138—144; Weizenmehl 20,25—37; Roggenmehl 24,25—26,85; Weizenkleie 0,25—0,65; Roggenkleie 8,75—9; Viktoriaerbsen 24—31; kleine Speiseerbsen 29—25; Futtererbsen 19—21; Pelusäcker 19—20; Ackerbohnen 17—18; Wicken 17—20; Rapssäcker 8,70—9,70; Feinkuchen 15—15,30; Trockenhärtel 5,40—5,90; Sojafahrot 13,20—13,50; Rausutter: drahtige Roggenstroh 0,70—0,80, desgl. Weizenstroh 0,60—0,70, desgl. Haferstroh 0,65—0,75, bindfadengepr. Roggenstroh 0,75—0,85, desgl. Weizenstroh 0,65 bis 0,75, gebund. Roggenlangstroh 0,80—1, Häckel 1,50—1,65, handelsüb. Heu 1,40—1,75, gutes Heu 1,85—2,35, Gerstenstroh 0,65—0,75, Klechheu 2,60—3, Thymothee 2,85—3,15. Allgemeine Tendenz: uneinheitlich.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt.

Dem Dienstagmarkt am städt. Schlacht- und Viehhof wurden zugeführt: 36 Ochsen, 31 Bullen, 280 Jungbullen (unverkauft 30), 311 Jungrinder (20), 285 Kühe, 1112 Kälber, 2633 Schweine (200), 1 Ziege.

Preise für 1 Pfund Lebendgewicht:

	2. 12.		27. 11.			2. 12.		27. 11.	
	Pfg.	Pfg.	Pfg.	Pfg.		Pfg.	Pfg.	Pfg.	Pfg.
Ochsen:					Kühe:				
ausgemästet	50—53	—	—	—	fleischig	22—28	—	—	—
vollfleischig	44—48	—	—	—	gering genährte	17—21	—	—	—
fleischig	—	—	—	—	Kälber:				
Bullen:					feinste Mast- und	63—66	64—68		
ausgemästet	45—47	45—47	—	—	beste Saugkälber	—	—		
vollfleischig	41—43	42—44	—	—	mittl. Mast- und	54—60	56—62		
fleischig	—	—	—	—	gute Saugkälber	46—52	48—54		
Jungrinder:					geringe Kälber	—	—		
ausgemästet	53—55	53—54	—	—	Schweine:				
vollfleischig	46—50	46—50	—	—	über 300 Pfd.	62—63	64—65		
fleischig	42—45	39—45	—	—	240—300 Pfd.	62—64	65—66		
gering genährte	—	—	—	—	200—240 Pfd.	61—63	64—65		
Kühe:					180—200 Pfd.	61—62	63—64		
ausgemästet	37—43	—	—	—	120—160 Pfd.	60—61	61—63		
vollfleischig	30—35	—	—	—	unter 120 Pfd.	47—53	48—53		

Marktverkauf: Großvieh mäßig belebt, Ueberstand, Kälber langsam, Schweine langsam, Ueberstand.

Vom Holzmarkt.

Das Rundholzgeschäft begann im neuen Wirtschaftsjahr unter wenig günstigen Vorzeichen. Die Umsätze in Rundholz neuer Fällung hielten sich, wie „Der Waldbote“ berichtet, bisher in engen Grenzen. Wegen der Ungewissheit der nächsten Zukunft entwickelten sich Angebot und Nachfrage sehr langsam und zögernd; darum hat sich auch eine klare Preislinie bis jetzt nirgends herausgebildet. Der Verkauf von Nadelholz aus der letzten Sommer- und Winterfällung, soweit solches vereinzelt noch vorhanden ist, ging recht schleppend und zu gedrückten Preisen vor sich. Die Erlöse für alte Holz bewegten sich je nach Beschaffenheit und Abfuhrfrage in Württemberg und Hohenzollern meist zwischen 60 und 75 Prozent der Landesgrundpreise. Bei den wenigen, bisher bekannt gewordenen Abschüssen in neuem Nadelholzmäßig bewegten sich die Erlöse zwischen 70 und 80 Prozent der Landesgrundpreise; kleinere Posten von ausgesuchtem Holz konnten bei 90 Prozent verkauft werden. Der Verkauf von Papierholz ist durch die andauernde Zurückhaltung der Papierfabriken sehr erschwert. Es wurden Erlöse zwischen 70 und 80 Prozent der Landesgrundpreise erzielt. Die Abnahmlichkeiten für Nadelholzstangen scheinen sich auch im neuen Verkehrsjahr recht wenig günstig zu gestalten. Am Markt in Laubholz ist es, wie immer um diese Jahreszeit, noch recht ruhig. Bei vereinzelt Verkäufen wurden für Rotbuche Erlöse zwischen 90 und 105 Prozent der neuen Landesgrundpreise erzielt.

Es wäre verkehrt

wollten Sie erst einige Tage vor Weihnachten mit Ihrer Werbung beginnen. Werben Sie jetzt eindringlich und konsequent durch die Anzeige im

Calwer Tagblatt

Amtl. Bekanntmachungen

Wegfall der Quittungskartenverzeichnisse

Gemäß Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 18. Juli 1930 kommen vom 1. Januar 1931 ab die fester von den Ortsbehörden für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung geführten Verzeichnisse über ausgestellte Quittungskarten in Wegfall. Diese Verzeichnisse waren nicht selten sowohl bei Beitragsstreichungen und Quittungskartenerneuerungen als bei strittigen Fällen der Anwartschaftserhaltung und Wartezeitbefreiung eine wertvolle Beweisgrundlage, mit welcher für die Zukunft nicht mehr gerechnet werden kann. Umso notwendiger ist es, daß künftighin die Arbeitgeber u. Versicherten der ordnungsmäßigen Führung und dem rechtzeitigen Umtausch der Quittungskarten sowie der sorgfältigen Aufbewahrung der Quittungskarten, der Aufrechnungsbescheinigungen, Krankheitsbescheinigungen und Ähnlichem vermehrte Aufmerksamkeit zuwenden, wenn sie sich vor Schäden bewahren wollen und eine strengere Handhabung der Ordnungsstrafbefugnisse der Landesversicherungsanstalt vermieden werden soll.

Auch die Ortsbehörden für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung werden ersucht, die Arbeitgeber und Versicherten bei geeigneter Gelegenheit auf die neue Sachlage hinzuweisen und sie im obigen Sinn zu belehren.

Calw, den 1. Dezember 1930.

Versicherungsamt: Schmidt, Regierungsrat.

Calw, den 2. Dezember 1930.

Todes-Anzeige



In tiefem Schmerz teilen wir mit, daß mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater

Ludwig Ackermann

heute Nachmittag 3 Uhr im Alter von 60 Jahren unerwartet rasch von uns gegangen ist.

Um stille Teilnahme bittet

im Namen der trauernden Hinterbliebenen: die Gattin: Luise Ackermann geb. Burger Die Beerdigung findet am Freitag Nachmittag 2 Uhr statt.

Oberkollwangen, den 3. Dezember 1930.

Todes-Anzeige



Allen Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Mutter und Großmutter

Christine Stoll geb. Frey

im Alter von 78 Jahren gestern Vormittag 10 Uhr sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen: Familie Stoll

Beerdigung Donnerstag Mittag 1 Uhr

Hof Waldeck, den 2. Dezember 1930.

Dankagung



Für alle liebevolle, wohlthuende Teilnahme beim Heimgang unseres lieben Sohnes und Bruders

Udalbert

sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank.

Familie Missionar Dönges.

Es gibt ein sicheres Mittel

gegen Gicht, Rheuma, Hergenschuß, Ischias, Nerven-Schmerzen: die Kombinations-Kur

Walwurzfliuid — Sani Drops
 äußerlich innerlich
 RM. 2.— und 3.— RM. 3.20
 (Spezial-Doppelpack)

In den Apotheken.

Stadtgemeinde Calw. Räubige Kagen

Sind aus gesundheitspolizeilichen Gründen gehörig zu vernichten, außerdem im eigenen Interesse, da der Kagenbesitzer sich gemäß § 833 Bürgerlichen Gesetzbuches unter Umständen schadensersatzpflichtig macht. Wenn nicht vorgezogen werden will, die erkannte Rage einer geeigneten Behandlung zu unterziehen, werden räubige Kagen auf der Polizeiwache unentgeltlich erschossen.

Calw, den 2. Dezember 1930.

Bürgermeisteramt: Göhner.

Motor-Sport-Club
 Ortsgruppe Calw
 Donnerstag, abends 8 Uhr
 Monatsversammlung
 im Clublokal

In den Stürmen des Lebens der schützende Hafen

Das ist Dein Haus, Deine Wohnung. Laß Dir ihn durch heimatische Bauleute schaffen und instandhalten. Frage das Geld nicht nach auswärts, wenn doch am Platz soviel geschickte und fleißige Hände auf Arbeit warten.

Bezirks-Handels- u. Gewerbeverein Calw

Weihnachts-Verkauf!

Bei Einkäufen von 2.— Mk.
an gebe ich auf

Spielwaren 20% Rabatt.

A. Feldweg, Glas u. Porzellan

Serva-Kaffee

Allerbeste Mischungen!
 Stets frisch gebrannt!



Eigene Rösterei! 5 Proz. Rabatt!
Carl Serva, Calw, Fernspr. Nr. 120.

Adolf Junginger

Tapezier- und Polstergeschäft

Ständiges Lager in einfachen und modernen Polstermöbeln

Neu eingeführt:

(Epeda) Dauerpolstermatratzen

Der Friseur nur kann Dir sagen,
welche Haartracht Du sollst tragen.

Sprengstoffe
 Sprengkapseln
 Zündschnüre

zum
 Stockholz-
 machen

Gerhard Paulus, Liebenzell,
 Fernsprecher 15.

Am Samstag Abend wurde im Restaurant Schlandenes ein

Regenschirm

verwechselt, es wird gebeten denselben zum Umtausch im obigen Lokal abzugeben.

Achten Sie

auf folgende günstige Kaufmöglichkeiten:

- 1 Harmonium
- 5 Planos
- 2 Flügel

alle wenig gespielt, unter voller Garantie, billigst und zu günstig. Zahlungs-Bedingungen abzugeben.

Schaufenster zeigen Ihnen den Weg zu den Verkaufsräumen.

Schiedmayer

Pianofortefabrik Stuttgart

12 Nur im Eckhaus 12
 Neckarstr.
 Tel. 268 41/42

Laubsäg- Arbeiten

findet alt und jung unterhaltende Beschäftigung. Bitte Schaufenster beachten.

Hermann Fischer,
 Calw, Badstraße 13.

Grammophon- Reparaturen

rasch und billig
 Chr. Widmaier,
 mech. Werkst., b. d. Post.

Wo kaufe ich gegen
 Käse und Käse gute
 Schuhe?

Schuhhaus
Carl Fischer
 Bahnhofstraße 17.
 Reparaturwerkstätte.



Bestellungen auf
Maß-Gänse

für
 Weihnachten
 nehmen wir in unseren
 Verteilungstischen
 entgegen.

Konsumverein

Puppenwagen
 Schaukelpferde
 Kinderstühle

Holländer
 Bubiläder
 Trittröller

in reicher Auswahl.
 Einige

Puppenwagen
 vom letzten Jahre zu herab-
 gesetzten Preisen.

Otto Weiher, Lederstr.

Emil Doegele

Bertrud Doegele

geb. Döpke

Vermählte

Calw

Oberhausen Rfd.

Nordenhamm

a. d. Weser

Dezember 1930



Professor Mergenthaler M. D. L.

spricht am Donnerstag, den 4. Dez. abends 8 Uhr im Hotel zum Löwen in Hirsau über:

Die wahren Ursachen der Not des deutschen Volkes.

Wer treibt

Katastrophenpolitik?

Deutsche Volksgenossen! Kommt und hört den Vortrag des altbewährten Kämpfers unserer Bewegung.

Unkostenbeitrag 30 Pfg.

Freie Aussprache.

N.S.D.A.P. Ortsgruppe Hirsau.

Frische Fische

treffen heute ein.

Feischer

Rabliau

im ganz. Fisch

Pfd. 33 Pfg.

Rabliau-Filet

küchenfertig

Pfd. 55 Pfg.

Frische

Büchlinge

Lachs-
 Heringe

ferner empfehlen:

Säfte

Mandarinen

Pfd. 40 Pfg.

Kranzfeigen

Kranz 20 Pfg.

Bananen

goldgelbe

Pfd. 60 Pfg.

5% Rabatt

Pfannkuch

22 jähriges

Mädchen

welches schon in besseren

Häusern gedient hat, sucht

sofort Stelle

nimmt auch Anträge an.

Anfragen in der Ge-
 schäftsstelle ds. Fattes.

Schöne

Wasch- und

Trikot-Reste

in vielen Fa-briks empfiehlt

billig

E. Rumpf, Postgasse 3

Auf vielfachen Wunsch gebe ich weiterhin bei Barzah-
 lung auf beinahe sämtliche Waren einen Rabatt von

20 Prozent

Paul Röchle, am Markt, Calw
 Webwaren Fertige Herren- und Knabenbekleidung